



### Der englische Streik.

Neue Versuche zur Beilegung?

LONDON, 20. Oktober. (N.N.) Man erwartet, daß beim Zusammentritt des Parlaments neue Versuche zur Beilegung der Kohlenstreiks werden unternommen werden. Das jetzt eingetretene Fehlen weiterer dieser Bestrebungen sieht noch dringender aus.

Der Generalkongress der Trade-Unionen wird am Freitag in London zusammentreten. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter reisen in den Kohlenbezirken herum und versuchen diejenigen, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, neuerlich für den Streik zu gewinnen. Sie werden Freitag nach London zurückkehren und dem Generalkongress der Trade-Unionen ihre Vorschläge wegen Aufhebung des Embargo auf ausländische Kohle und einer Sonderabgabe für die Trade-Unionen vorlegen.

deutsch-tschechischen Mehrheit fest und hammernd sich an dieses Wort. Nachdem er das somatische Problem kurz gestreift hat, wendet er sich dem wirtschaftlichen Teile der Regierungserklärung zu. In wirtschaftlicher Hinsicht würden die Nationaldemokraten nie eine antisoziale Politik machen (Widerpruch), doch würden sie sich bemühen, die Produktion von überflüssigen und unerschwingbaren Lasten zu befreien. Trotzdem seine Partei keinen Vertrauensmann in der Regierung habe, werde der Staat von den Nationaldemokraten doch immer das, was er braucht, ohne alle Konzessionen erhalten, weil dies eben ihr nationaler Staat sei.

Dr. Franke (tschech. Nat.-Soz.) beschäftigt sich zunächst in vielfach ironischen Ausführungen mit den Vorgängen, die zum Verfall der allnationalen Koalition führten, und schiebt die Schuld daran ausschließlich auf das Ultimatum der Agrarier wegen Einführung der Zölle. Auf dieses Ultimatum konnte keine Partei dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten mit einem „Nein“ antworten. Franke beschäftigt sich weiter mit der neuen Regierung, deren unsichere Grundlage er kritisiert, und bringt dabei einen scharfen Seitenhieb auf die schwachen tschechischen Kenntnisse des gerade anwesenden Justizministers Währ-Sarling an. Auf den Einwurf, daß ja auch Benes in der Regierung sitze, verweist er den Zwischenrufer an Svehla, der dafür die Verantwortung trage. Die neue Mehrheit könne, so führt Franke weiter ausführlich aus, nur auf ihre Zoll- und Rangwa-Tradition hinweisen; sie sei eine Konjunkturmehrheit, die den Unternehmerinteressen diene. Zum Schluß erklärt er, daß seine Partei einen oppositionellen Standpunkt einnehme; der Grad dieser Opposition (!) werde aber davon abhängen, ob die Regierung seiner Partei eine gewisse Mitarbeit in wichtigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen ermöglichen werde.

Der tschechische Sozialdemokrat Genosse Tomasek führt aus, die jetzige Mehrheit habe schon vier Monate an dem im Parlament gearbeitet. Man habe noch der Beamteneuerung eine starke Regierung erwartet und es sei ein starkes Leid, daß sich die Regierung am Donnerstag dem Ganzen vorstellte, ohne überhaupt eine Mehrheit zu besitzen. Die Erklärung Svehlas, daß die Regierung das alte Koalitionsprogramm übernehme, sei ein Fehler. Niemand könne ihm dies glauben, da ja dieses Programm wegen des Widerstandes der Bürgerlichen schon feinerzeit nicht mehr durchgeführt werden konnte. Heute, wo deren Stärke noch gewachsen ist, habe dieses Programm natürlich noch weniger Aussicht auf Verwirklichung. Die heutige Entwicklung beweise die Richtigkeit der Auffassung der tschechischen Sozialdemokraten, daß für die Völker der Tschechoslowakei der Boden für eine schöpferische Zusammenarbeit

schon vorbereitet sei. Selbst die Nationaldemokraten hätten sich mit der deutsch-tschechischen Regierung schließlich zufrieden gegeben und auch die Deutschnationalen erklären die deutschen Minister nicht für Volksverräter, sondern werden mit ihnen hinter den Kulissen nach dem Prinzip der Arbeitsteilung fleißig verhandeln. Der bisherige antisozialistische Geist des Parlamentes aus der Sommertagung hat sich trotz der verjährlichen Worte Svehlas über das Verhältnis zur Opposition nicht geändert, wie der Angriff auf die Sozialisten im Senatspräsidentium beweist, der die ganze sozialistische Opposition schwer provoziert. (Beifall.) Die Partei des Redner hat kein Vertrauen zur Regierung und kann ihre Erklärung nicht zur Kenntnis nehmen; sie wird aber auch in der Opposition weiter konstruktive Politik betreiben.

Zu der Debatte sprachen noch unter allgemeiner Teilnahme Mitglied der Kommunisten Arzial und der tschechische Nationalsozialist Tuzem, der sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen ausführlich befaßt. Der Kommunist Mondol schließt die Rednerliste.

In einer schlichten Bemerkung reagiert der Regionsvorsitzende David auf eine Polemik Stříbrnýs. Stříbrný ergeht sich gleichfalls noch in einer kurzen Polemik gegen Franke und Davids Replik, wobei er mit David wiederholt in erregte Auseinandersetzungen gerät. Auch Franke bringt noch eine Bemerkung vor, die sich auf Stříbrný bezieht.

Dann läuten nach einer kurzen Lüftungspause endlich gegen halb 8 Uhr abends die Glocken zur Abstimmung und bald ist das Haus dicht besetzt. Die Präsenz auf Seite der Opposition läßt leider zu wünschen übrig; so fehlen von den 40 Kommunisten nicht weniger als 12.

Die Regierungserklärung wird mit 159 gegen 118 Stimmen zur Kenntnis genommen. Dafür stimmen die Regierungsparteien mit Einschluß der Slowaken und Nationaldemokraten; Hof Kraus erscheint erst, nachdem schon die Stimmen gezählt sind, und gebärdet sich zu seiner Umgehung dann so, als ob er wirklich unabhängig zu spät gekommen wäre. Auch Stříbrný und Tuzembransky sowie die vier ungarischen Christlichsozialen fehlen. Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Tschechoslowaken mit Applaus entgegengenommen.

Die Abstimmung über das Exposé des Finanzministers wird auf Antrag Bradas bis nach der Verhandlung des Budgets im Auschuß und im Plenum verschoben.

Von der restlichen Tagesordnung wird die Debatte über die Unwetterkatastrophen und die anderen Punkte vertagt; nur die Ersatzwahl in den Ständigen Ausschuß findet noch statt, wobei u. a. an Stelle des verstorbenen Gen. Hillebrand Genosse Sackenberg als Erbkamm in den Ausschuß gewählt wird.

Hierauf bringt der Vorsitzende den bereits veröffentlichten Protokoll unserer Fraktion gegen das Abstimmungsprotokoll jener Sitzung, in der über die Kongrua abgestimmt wurde, zur Sprache. Genosse Dr. Czeh hatte gegen jene Abstimmung, die unter den Schwersten Kravallen vor sich ging, vor allem eingewendet, daß die Enunziationen des Vorsitzenden über die Abstimmung völlig im Wam untergingen, und verlangt, daß das Protokoll durch die einfache Feststellung ersetzt werde, daß infolge Lärmes nicht abgestimmt werden konnte.

Der Vorsitzende verliest einen Präzisionsbescheid, der diesem Verlangen mit Rücksicht auf alle möglichen Bestimmungen der Geschäftsordnung natürlich die Zustimmung verweigert und die Mehrheit beauftragt diese Entscheidung.

Die nächste Sitzung wird auf schriftliche in Wege einberufen. Inzwischen soll morgen und in der nächsten Woche der Budgetauschuß sich bereits mit dem Voranschlag für 1927 befassen.

### Die kommunistischen Lügen haben kurze Beine.

Unser letzte Feststellung über den in England unbekanntem „Bergarbeiterführer“ ihres aus London hat die Kommunisten doch einigermaßen in Verlegenheit gebracht. Sie stammeln nun in ihrer Antwort, daß ihres zwar kein Bergarbeiterführer, aber ein „ehemaliger“ Bergarbeiter ist und angeblich derzeit die Stelle des Sekretärs der Internationalen Arbeiterliga in London bekleidet und angeblich zur Hilfe für die englischen Bergarbeiter mehr geleistet hat, als die ganzen reformistischen Bergarbeiterorganisationen. Nur,

„Verband der Britischen Bergarbeiter, 55, Russell Square, London.“

Den 15. Oktober 1926.

Herrn Frank Hodges,  
22-23 Windsor-House,  
Victoria-Street, S. W. 1.

Herrn Genosse Hodges!

In Antwort auf Ihren Brief vom 11. d. M. mit Bezug auf die Korrespondenz, die Sie von den Kameraden der Tschechoslowakei betreffend eines Mannes namens ihres erhalten haben:

Im Namen des Britischen Bergarbeiterverbandes bezeuge ich mich, Ihnen und durch Sie den Kameraden der Tschechoslowakei mitzuteilen, daß wir von dieser Person nichts wissen. Ich kenne keinen solchen Bergarbeiterführer und bestätige deshalb Ihre an die tschechoslowakischen Bergarbeiter in dieser Sache erteilte Antwort.

H. J. Cook, Sekretär.

Aus diesem Briefe Cooks geht nun zweifellos hervor, daß auch die jüngste Meldung der kommunistischen Presse erlogen ist, denn wenn von ihres, obwohl er kein englischer Bergarbeiterführer ist, wahr wäre, daß er doch zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter ungenü-

viel geleistet hätte, müßte ihn selbstverständlich der kommunistisch orientierte Generalsekretär der englischen Bergarbeiter, Mister Cook, kennen. So werden von den Kommunisten die Bergarbeiter beschwindelt.

### Das Kabinett Seipel gewählt.

Geringe Änderungen. — Gemäßigte Regierungserklärung.

Wien, 20. Oktober. (Eigenbericht.) Heute wurde zunächst im Bundesauschuß auf Grund des Vorschlages des Bundeskanzlers Seipel die neue Regierung gewählt. Es sind keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen. Die Großdeutschen haben wie bisher zwei Minister, nur wurde der bisherige Vizekanzler Haber gegen den dritten Präsidenten des Nationalrates Dinghofer umgetauscht; der großdeutsche Handelsminister Schürff bleibt wie bisher.

Die Christlichsozialen haben außer dem Bundeskanzler noch den Finanzminister Rindböck an Stelle Kollmanns und den Unterrichtsminister Schmitz an Stelle Rintclens tre-

ten lassen; die übrigen Portefeuilles bleiben unverändert.

In der darauffolgenden Sitzung des Nationalrates wurde die Regierung Seipel gewählt. Seipel trat hierauf seine Regierungserklärung vor die im allgemeinen nicht übermäßig aggressiv gehalten ist. In der Beamtensfrage erklärt er sich zu weiteren Verhandlungen bereit.

In der anschließenden Debatte sprach für die Sozialdemokraten Seidl, der an der Regierungserklärung Kritik übte und erklärte, das Dreigliedrige Seipel-Rindböck-Schmitz bedeute für die Arbeiterschaft eine offene Provokation.

### Der Parteitag der Deutschnationalen.

Eine sehr zahme Entschliegung.

In Jnaim hat Samstag und Sonntag der Parteitag der Deutschen Nationalpartei seine Beratungen abgehalten. Die Abwesenheit Lodgmanas drückte den Parteitag ihren Stempel auf. Es fehlte ihm jeder Schwung, jedes klare Bekenntnis, so jedes Erfassen der Situation. So sehr die Nationalpartei hoffen mag, daß nach dem Zusammenbruch der Jöllnerpolitik die von dem „nationalen Auslöcher“ enttäuschten Kleinbürgerlichen Massen zum Teil in das deutschnationale Lager heimfinden werden, so sehr lastet auf ihr das Bewußtsein, daß die Ideologie, der ein Teil ihrer Führer aus demagogischen Gründen geschwiegen hat, zusammengebrochen ist. Lodgmanas Glaube an die deutsche Volksgemeinschaft ist durch den Eintritt der Jöllner ins Herz getroffen worden. Der Wille der Geldgeber der Deutschnationalen ist es, daß auch ihre Partei bald den Weg der politischen Klassenpolitik geht und sich an dem großen Raubzug der Aktivisten gegen die Arbeiter betei-

ligt. Der Schatten des Aktivismus senkt sich auch über die Partei herab, die es sich die letzten Jahre so leicht machte und als Nachkomme der für den Krieg verantwortlichen und im Krieg so stark kompromittierten Partei, eine radikale, „demokratische“ und oppositionelle Politik betrieb. Die Illusion von der deutschen Einheit ist zerstört, die deutschbürgerliche Politik als Gesamtscheinung ist moralisch auf den Hund gekommen. Die Deutschnationalen sehen den Weg ins Nichts vor sich und wagen nicht, ein klares Wort zu sprechen.

Die Resolution stellt zwar fest, daß deutsche Parteien ohne jegliche Gegenleistung ein Zueinander unterstützen, das sich nicht im geringsten geändert hat, aber zu einem entschiedenen Wort geschwiegen denn zu einem Angriff auf die Regierungsparteien, lassen sich die Helben des Negativismus nicht auf. — Ja wenn Sozialdemokraten etwas Ähnliches getan hätten! Das wäre ein Freudentag für Horpuzla geworden. Da Deutschbürgerliche die deutsche Einheit vertaten, ist man geduckt und still.

### Vom Banne des Bösen.

66 Von Marcel Berger.

„Was soll es mit dem Doktor?“  
„Der Schmitzher . . .“  
„Aber Mensch . . .“  
„Ich zuckte die Schultern, gab mich ruhig und sicher, um ihn in der Gewalt zu behalten.“  
„War der Felsenpfad nicht gangbar?“ fragte ich.

„Er machte Niemand, sich auf mich zu werfen.“  
„Wofür? Wog? Richt! Mit Striden banden wir uns aneinander; die fünf ersten stürzten auf einmal ab! Aber wartet nur! wartet nur!“  
„Ich fand es geratet, an den Rücken zu denken. Eine weiße Gestalt tauchte aus dem Hofe auf, der Kellner, der den Zusammenstoß mit dem Deutschen gehabt hatte. Er zeigte mit dem Finger auf mich.“  
„Dieser hat nicht gerufen!“ heulte er.  
„Wozu?“  
„Von dem Teufelszeug . . . von dem Giftmann!“

„Ich wandte mich zum Gehen. Der Julei-gekommenen schied ich an, hinter mir der zu trotten. Der Geiger schloß sich ihm an. Der Ramm ihrer Schritte, ihr Schnaufen, selbst ihr Stalpern machte mir Angst. Glücklicherweise war ich noch bemüht. Ich sprang über die Leichen, die auf den Stufen lagen. Meine Verfolger fielen in der Eile über sie hin. Unter Verwünschungen erhoben sie sich wieder.“  
„Ich klag förmlich über die Stufen hinauf, erreichte den ersten Stof. Der Korridor war leer. Ich öffnete eines der großen Gangtüren. Im

Hofe winnelte die wilde Horde von vorhin, um einige Schreier vermindert. Adeln qualmen düster wie bei einem Begräbnisse. Eine humpelnde Versammlung, in der kaum einer mehr aufrecht stehen konnte. Hohngelächter, Fluchen . . . So oft ich einem Adeligen begegne, leide ich unter derselben Zwangsstellung: Revolution, der Böbel, die Hydra mit den hundert Köpfen und den tausend Leidenschaften, marschiert gegen eine Bastille, Blasse Gefährter; aus den Unterdrückten werden Gewalttäter, Wurzbräuner . . . Und ich sammelte bei dem Anblicke, der sich mir bot.“

An einem Besenstiel, den Anton schwaufend auf der Schulter trug, steckte ein frisch abgetrennter Menschenkopf . . . der Kopf des Doktor Pithius! Wie hatten sie sich seiner bemächtigt? Ich habe es niemals erfahren. Offensdar hatten sie ihn bei lebendigem Leibe zu zerfleischen begonnen; ein Auge war aus der Höhle gerissen, das ganze Gesicht war verschwollen und blutüberströmt . . .

„Ich erzitterte; meine Haare sträubten sich. Mein Gott, das gleiche Schicksal drohte ohne Zweifel mir, der ich durch einen wunderbaren Glücksfall oder durch die Fronte des Schicksals bisher verschont geblieben war und hoffen durfte . . . Wohin? In diesem mittelalterlichen Schlosse mußte es doch Verstecke geben! Nur fort!“

Im Galopp rammte ich durch die Gänge, rief alle Türen auf, die nicht verriegelt waren. Ich suchte einen Schlupfwinkel, ein Asyl, wo ich mich verbergen, verhehlen konnte. In allen Zimmern, die ich betrat, herrschte geseigeretes Grauen. Herr und Frau Gourdaubere lagen übereinander in ihrem besudelten Bett. Umgeworfene Stühle. Spuren von Erbrochenem, Banknoten, die der Wind aus einer daltig geöffneten Kassetten über den Boden verweht hatte, erweckten den Eindruck

einer abscheulichen Orgie. Den Tod dieser Kriegsgewinner flöhte mir kein Mitleid ein.

Einen Augenblick später stand ich im Appartement der Familie Lesparat. Ich fühlte, daß mein Eindringen unschuldig war und entschuldigte mich bei dem General, der mir, in einem Radmanzel gehüllt, entgegentrat. Er legte den Finger an die Lippen.

Auf dem breiten Himmelbette waren die beiden Frauen ausgestreckt. Frau von Somalis, die eben ihre letzten Seufzer von sich gab und ihre Mutter, im qualvollsten Stadium der Vergiftung, von Schmerzen zerfollert und bei vollem Bewußtsein. Als tapfere Soldatenfrau biß sie sich in die Lippen, um nicht zu schreien.

„Was führt Sie zu mir?“ fragte der General in gefäßigem Tone.

„Nichts . . .“, stammelte ich; „ich will Ihnen nur . . . meine Unterstützung anbieten.“

„Unnützlich“, logte der Alte halbblau. „Der Doktor hat mir erklärt, daß es keine Hilfe gibt. Uebrigens wollte er wiederkommen. Haben Sie ihn nicht gesehen?“

„Wissen Sie nicht, daß unten Revolution ausgebrochen ist? Schmachvolles hat sich ereignet. Pithius ist ermordet! Wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, wäre es der, Ihre Tür zu versperren.“

„Ich werde sie zu empfangen wissen“, erklärte er.

Seine Ruhe gefiel mir. Ich fragte ihn leise, ob er die Wirkung des Giftes nicht verpöte.

„Doch“, gab er zu. „Es ist sehr Schmerzvoll.“

Spreizel benehnte Rinken zernagten Schmerz. Er bat mich, ihm zu helfen, seine Frau auf den Divan zu transportieren; er wollte ihr er-

sparen, daß sie neben ihrer Tochter, die bald tot sein mußte, liegen bliebe. Fast wäre mir bei dieser Hilfsleistung übel geworden; aber der Blick des Generals hatte solche Macht über mich, daß ich aufrecht blieb wie er, der bis zum letzten Moment ausdauerte. An der Tür schüttelte er mir zum Abschiede dankend die Hand und ich mußte mir sagen, daß dieser Heuler von Chemin des Dames, der Mörder des Oberleutnants Armingault wenigstens die Haltung bewahrt hatte.

Am Ende der Galerie stieß ich auf ein leeres Zimmer, das mir durch seine Größe auffiel. Auf einem umfangreichen Empirestischchen häuften sich Papiere in numerierten Aktenordnern und Ordern. Wessen Arbeitsraum hatte ich betreten? Ein Bogen, der mit eigenartigen nervösen Schriftzügen besetzt war, erregte mein Interesse . . .

„Englisch! Ah, ich war bei Lord Paddock! Die Bezeichnung „Streng vertraulich“ auf dem Akte, veranlaßte mich, ihn zu lesen. Es handelte sich um die Einleitung von Reperfektionen . . . Irland! Ein ausführlicher Plan, eine Anzahl von verdächtigen Persönlichkeiten in eine Falle zu locken. Ein lokaler Aufruhr sollte provoziert werden, für den ihnen dann die Verantwortung zugeschoben werden sollte. Dann hatte man sie und keiner durfte lebend entkommen . . . Ein kompromittierendes Dokument! Der Minister mußte um seine sechzigjährige Haut arg besorgt gewesen sein, wenn er geflohen war, ohne es zu vernichten. Alle Verschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden waren, fielen mir ein. Dieser Grauskopf hatte viel Unheil ausgebeutet und sein Ende war keines in Schönheit.“

(Fortsetzung folgt.)

# Bürgerregierung und Arbeiterklasse.

## Rede des Genossen Dr. Heller im Senate.

In der gestrigen Sitzung des Senates sprach als erster Redatterer der Regierungserklärung Gen. Dr. Karl Heller. Er führte aus:

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir innerhalb eines Jahres die vierte Regierung vor uns haben. Diese Tatsache widerspricht doch einigermaßen den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von der Schaffung der Tradition und Kontinuität der Regierungen. Aber daß die allnationale Koalition durch eine Koalition der bürgerlichen Parteien ersetzt wurde, begrüßen wir. Wir wußten vom Anfang an, vom ersten Tage des Bestandes dieses Staates, daß dies der Weg der Entwicklung sein muß. Wir haben gewünscht, daß dieser natürliche Weg gegangen werde, daß es zu dieser Koalition komme, zum

### Zusammenschluß aller Gegner der Arbeiterklasse in diesem Staate.

Der Anfang der Regierung der bürgerlichen Parteien ist nicht gerade ein besonders imponanter, denn in dem Zeitpunkt, in dem der Herr Ministerpräsident, der Führer dieser Regierung, der auch der Führer früherer Regierungen war, der also ein Verwandlungskünstler per excellence ist, seine Erklärung abgab, war noch nicht einmal eine Mehrheit für diese Politik vorhanden. Die erst in den allerletzten Tagen mit dieser Wut und Not zusammengesetzte Mehrheit aber ist nur für diese eine Regierungserklärung vorhanden, durchaus jedoch nicht eine ständige Mehrheit. Bei dem Inhalte der Erklärung erinnere ich mich an das Wort: „Wie sollst du mich heftigen, noch wissens Sorge tragen, woher ich kam der Fahrt, noch wie mein Kom' und Art.“ Wenn etwa ein Mann, der die letzten Vorgänge bei uns nicht mitgemacht hat, diese Erklärung liest, so wird er aus dieser Erklärung nicht erfahren, daß

### Regierung Angehörige der deutschen Parteien eingetreten

sind, denn ängstlich hat es der Herr Ministerpräsident vermeiden, Namen, Stand und Ruf der neuen Minister bekannt zu geben. Das Wort deutsch kommt überhaupt in der ganzen Regierungserklärung nicht vor. Der Herr Ministerpräsident wußte so viel Rücksicht auf andere Teile der neuen Majorität nehmen, daß er nicht einmal die Dinge beim wirklichen Namen nennen durfte, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, von Anfang an schon diese neue Mehrheit zu gefährden.

Der Herr Ministerpräsident hat davon gesprochen, daß die Grundlage der Tätigkeit der neuen Regierung im wesentlichen die im Dezember v. J. vorgelegene und genehmigte Regierungserklärung sein wird. Er hat weiter die Kontinuität in der Entwicklung des Staates zu dokumentieren und um eine Tradition des Vertrauens der Bevölkerung zu dem Programm zu begründen. Wenn man von Kontinuität spricht, wenn man davon spricht, daß die jetzige Regierung nichts anderes eigentlich ist als eine Fortsetzung der Regierung vom Dezember 1925, dann ist es jedenfalls höchst sonderbar, daß damals ein Teil der jetzigen Regierungsparteien gegen die damalige Regierungserklärung, gegen das damalige Programm der Regierung gesprochen und gestimmt hat, während dieselben Parteien für diese Regierung und Regierungserklärung, die nichts anderes als eine Fortsetzung der damaligen ist, sprechen und stimmen werden. Damals, am 18. Dezember 1925, sagte Herr Senator Luffsch: „Wir tragen dieses allparteiliche System an, das seinem Wesen und seiner Absicht nach unserm Volke schweres Narci und unermeßlichen Schaden zugefügt hat.“ Herr Senator Luffsch hat weiter gesagt:

Wir erbliden in seiner inneren Unwahrheit die Wurzel aller Übel, an denen dieses Staatswesen krank ist auf dem Boden unserer angestammten Heimat lebend, erklären wir, dieses System und seine Auswirkungen rücksichtslos gemeinsam bekämpfen zu wollen, bis das erlittene Unrecht wieder gutgemacht ist.“

Es mag Ihnen nicht ganz angenehm sein, daß man die Dinge gerade heute vorbringt. Sie können die Tatsache nicht ableugnen, daß Sie an einer Regierung beteiligt sind, die das Programm vom Dezember 1925 als das ihrige erklärt hat, ein Programm, das sie damals bekämpft haben. Wir ersehen Ihre Haltung nicht als eine Kontinuität des Programms, sondern als

### Kontinuität der Programmlosigkeit und als eine Tradition der politischen Gefinnungslosigkeit.

Jeder A.-B.-Politiker und auch der Herr Ministerpräsident werden wissen, daß der finanziellen und wirtschaftlichen Konsolidierung unbedingt die politische und nationale Konsolidierung vorausgehen muß. Nun möchte ich fragen, ob Sie im Ernst behaupten können, daß wir politisch oder national konsolidiert sind, es wäre denn, daß der eine oder andere Anhänger der deutschen Agrarpartei irgendwo ein Restgüthen oder gar ein Stückchen Gold erhalten wird. Wenn man das als politische oder nationale Konsolidierung ansehen will, so ist das Geschwätz. Aber mehr haben wir bisher nicht gehört. Wir haben in allen Erklärungen gehört und in allen Zeitungen gelesen, daß an bestehenden Verhältnissen nicht das geringste

geändert werden wird. Wenn Sie das politische und nationale Konsolidierung nennen, dann bewundere ich Ihre Bescheidenheit, die ich sonst zu bewundern nicht gar zu oft Gelegenheit hatte.

Als die Sprachenverordnungen erschienen, hat der Senator Luffsch nach meiner Rede im Senat gesagt:

„Sachlich hat bewiesen, daß er kein Staatsmann mit politischer Einsicht ist, die Verordnung ist nicht nur moralisch verwerflich, sie ist auch verfassungswidrig und vertragswidrig und daher ungültig, und wir verlangen den Widerruf der uns zuteil gewordenen Vergewaltigung.“

Nun, die Verordnung besteht heute noch, mit ihr wird noch bei uns Recht gesprochen, und zwar auf Grund der Verordnung des deutschen Justizministers, und diese Verordnung wird vom deutschen Minister für öffentliche Arbeiten gehandhabt. Dieselbe Verordnung, die die Deutschbürgerlichen als verwerflich, verfassungswidrig und vertragswidrig bezeichnet haben.

Wir haben in der Regierungserklärung auch nur sehr oberflächliche Worte darüber gelesen, wie sich die Regierung

### die Lösung des nationalen Problems

vorstellt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das nationale Problem in diesem Staate nur gelöst werden kann durch den Ausgleich von Volk zu Volk. Das, was jetzt geschieht, das ist aber kein nationaler Ausgleich, und die Politik, welche die deutschen Parteien heute betreiben, rechtfertigt unser Verhalten in den acht Jahren, in denen wir die Äboute bezüglich der Bildung einer Einheitsfront als nichts anderes bezeichnet als einen Schwindel, ein Schwindel, der seinen Ausdruck findet in ihrem jetzigen Verhalten

Ich wende mich nun der Besprechung der wirtschaftlichen Fragen

### wirtschaftlichen Fragen

zu. Der Herr Finanzminister hat uns zwar heute einzureden versucht, daß es eine Wirtschaftskrise in diesem Staate kaum gebe, aber meine Herren, wer drauhen bei uns unter den Menschen lebt, der weiß, daß es eine Wirtschaftskrise in einem sehr bedeutenden Umfange gibt und daß man dieser Wirtschaftskrise nicht so bekommen kann, wie es in der Regierungserklärung geschehen ist. Die Regierung erklärt, sie werde die Krise erst umfänglich studieren und dann eingreifen. Das wird von einer Krise erklärt, die schon Monate lang dauert. Wir stehen knapp vor dem Winter, vor der Gefahr der Verschärfung der Krise. Trotzdem hat die Regierung bis heute nicht das Geringste getan, obwohl sie von den Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen seit Monaten schon auf die drohende und hereingebrochene Krise aufmerksam gemacht wurde. Der Herr Minister hat uns heute erzählt, daß es nach seiner Schätzung im August in der Tschechoslowakei 76.000 Arbeitslose gegeben habe. Diese Zahl entspricht nicht der wirklichen

### Arbeitslosigkeit.

Nach 13 Wochen hört die Arbeitslosenunterstützung auf und von da ob geht der Arbeitslose auch der Existenz verloren. Es ist unmöglich, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen anzugeben. Wer aber am Lande drauhen ist, sieht, wie die Zahl der Mitglieder der Krankenkassen abnimmt, sieht, wie der Bettel überhand nimmt, sieht, daß unzählige Arbeitslose bei den Arbeitsvermittlungsinstituten sich anstellen oder auf der Straße herumlungern und weiß dann, daß die Zahl der Arbeitslosen eine ganz ungeheure sein muß, und was neben der Arbeitslosigkeit am meisten auf die Arbeiterklasse drückt, ist die Kurzarbeit, ist das Arbeiten in drei, vier Schichten oder das Arbeiten eine Woche und das Aussetzen in der nächsten Woche. Wer einen Begriff bekommen will von dem Umfang, den die Krise in unserem Staate angenommen hat, der möge sich folgende Jiffen vergegenwärtigen: Allein im Bezirk Komotau waren im Jahre 1920 8294 Arbeiter in der Metallindustrie beschäftigt. Heute sind es nur noch 2639, also nicht einmal der dritte Teil von damals. Im Revierbergamtsbezirk Komotau waren im Jahre 1918 7800 Bergarbeiter beschäftigt, heute 4000. Die Hälfte ist weggefallen, arbeitslos geworden. Im Revier werden durchschnittlich vier Schichten die Woche verfahren, d. h. zwei Tage in der Woche sind die Leute durchschnittlich arbeitslos. Dagegen ist die Leistung der Bergarbeiter von 15,7 auf 24,2 Tonnen im Tag gestiegen, also eine Steigerung von mehr als 50 Prozent gegenüber einer Senkung des Verdienstes von 332 Kronen im Jahre 1921, auf ungefähr 160 bis 170 Kronen pro Woche im Jahre 1926. Also:

eine Steigerung der Leistung um mehr als 50 Prozent und eine Senkung der Löhne gleichfalls um 50 Prozent.

Nicht viel anders als im Bergbau ist die Situation in der Textilindustrie. Eine Zahlung der Union der Textilarbeiter hat ergeben, daß 40 Prozent vollbeschäftigt sind, 14 Prozent kurzschichtig und 16 Prozent arbeitslos. Dabei verdienen die Kurzarbeiter in der Textilindustrie 70 bis 80 Kronen wöchentlich. Meine Herren, das ist die große Not, das ist das große Übel, das über uns hereingebrochen ist. In Barnsdorf, in einer Stadt von ungefähr 25.000 Einwohnern, gibt es 3300 Kurzarbeiter. Wenn sie die Zahl der Arbeitenden in diesem Ort hoch schätzen, so werden es 12.000 sein, davon arbeiten 3300 Menschen nur drei bis vier Schichten in der Woche. Und

wie geht es diesen Arbeitslosen? Wir haben vom Finanzminister über das

### Center System

sehr schöne Worte gehört und ich finde es vollständig begreiflich, daß der Herr Minister von seinem Standpunkte mit dem Center System einverstanden ist. Für das Jahr 1927 sind im Budget als Unterstützung für die Arbeitslosen 10,5 Millionen ausgeworfen. Das ist alles, was der tschechoslowakische Staat für die Arbeitslosen zur Verfügung hat. Das Center System mag für normale Zeiten zureichen, aber schon bei der Beratung des Gesetzes haben wir darauf hingewiesen und verlangt, daß Vorkehrungen getroffen werde für abnormale Zeiten, für die Zeit der Wirtschaftskrisen. Es ist nicht möglich, die Arbeitslosenunterstützung auf 13 Wochen zu beschränken, wenn wir Krisen haben, in denen unsere Leute vier, fünf, sechs Monate und darüber arbeitslos sind. Es ist nicht möglich, die Lasten auf die Gewerkschaften abzuwälzen, weil die Gewerkschaften unter dieser Last der ungeheuren Arbeitslosigkeit zusammenbrechen müssen. Gibt es doch Gewerkschaften, welche im vergangenen Jahre mehrere Millionen für Arbeitslose ausgegeben haben. Beträge, die herangebracht werden müssen, durch Beiträge der Mitglieder, die selbst unter Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit leiden. Mit theoretischen Abhandlungen, wie sie der Herr Finanzminister heute hier gegeben hat, ist uns nicht gedient. Wir verlangen Antwort auf die Frage: Wopon sollen die Arbeitslosen nach dreizehn Wochen leben?

Der Herr Finanzminister sprach sich gegen jede künstliche Einwirkung auf die Wirtschaft aus. Nun, wir glauben, daß die Einführung der Zölle im heurigen Jahre eine sehr künstliche Einwirkung auf die Wirtschaft war, die heute schon ihre verderblichen Folgen zeitigt. Will der Herr Finanzminister etwa leugnen, daß Getreide, Mehl, überhaupt die vegetabilischen Stoffe seitdem um 23 Prozent im Preise, das Fett, Fleisch im Durchschnitt um 13 Prozent, um 12 bis 13 Prozent gestiegen sind, daß Kartoffeln heute bei uns drauhen schon 1,40 K das Kilogramm kosten, daß das Korn gestern an der Prager Börse bis auf 198 gestiegen ist, das damals im Juli, zur Zeit der Beratung der Zollgesetze, auf 135 stand? Daß Weizenmehl um 70 Heller im Preise seitdem gestiegen ist, worin natürlich der Zoll um 60 Heller mit darin ist, daß jeder seit einem halben Jahre von 3,10 K auf 3,70 und 3,80 K gestiegen ist? Wir haben anläßlich der Beratung der Zollnovelle berechnet, daß die

### Folgen der Teuerung

für eine fünfköpfige Familie die sein werden, daß die Lebenshaltung auf das Jahr berechnet um ungefähr 700 bis 800 Kronen teurer werden wird. Heute ist durch die Kartoffelsteigerung auf eine fünfköpfige Familie berechnet schon ein Betrag von 270 Kronen heraus, für das teurere Mehl 450 Kronen, für Zucker 300 Kronen, so daß wir aus diesen drei Artikeln allein eine verteuerte Lebenshaltung von 920 Kronen für eine fünfköpfige Familie haben.

Und das getraut sich der Herr Finanzminister, uns heute zu erzählen, daß es eine Teuerung überhaupt nicht gibt, daß die Indexziffer nicht bedeutend gestiegen ist! Am grünen Tische rechnet sich der Herr Finanzminister aus, daß wir keine Teuerung haben, und drauhen auf dem Boden, die Teuerung sehr hoch, bezahlen die Zölle, von denen die Christlichsozialen in einem Flugblatte erklärt haben, daß sie nicht zu einer Verteuerung, sondern zu einer Verdünnung der Lebensmittel führen werden.

Während in Deutschland der Reallohn der Arbeiter von ungefähr 62 auf 67 gestiegen ist, ist bei uns der Reallohn der Arbeiter von 61 auf 55 gefallen, d. h., daß die Arbeiter nunmehr ungefähr die Hälfte dessen zum Leben verdienen, was sie vor dem Kriege verdient haben.

Der Herr Minister hat heute sehr viel davon erzählt, wie unserer Wirtschaft aufzuhelfen wäre. Er hat sehr müde angedeutet, daß bis zu einem gewissen Grade auch unsere Unternehmer einige Schuld am Zurückgang unserer Wirtschaft tragen. Aber Tatsache ist, daß gewiß einen Großteil der Schuld am Rückgang unserer Wirtschaft

### die Zurückgebliebenheit unserer Unternehmungen und unserer Unternehmer

trägt, diejenigen Unternehmer, die im alten Österreich durch die Hochzollpolitik gegen jede Konkurrenz geschützt waren und infolgedessen jede technische Ausgestaltung ihrer Betriebe unterlassen haben. Dieses System des Hochzollpolles, der Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz auf weiten Gebieten hat die Tschechoslowakische Republik vom ersten Tage an beibehalten und hat hier dazu mitgewirkt, daß unsere Unternehmungen im Gegenteile besonders zu denen in Deutschland die sich technisch ungemein vervollkommen haben und uns mit ihren technischen Einrichtungen auf der ganzen Welt Konkurrenz machen, zurückgeblieben sind.

Der trägt die Folgen, die Kosten der ganzen Industriekrise, des Niederganges unserer Wirtschaft? Doch wohl nahezu ausschließlich die Arbeiter in diesem Staate, die an ihrem Lohne seit dem Jahre 1920 und 1921 die Hälfte nachlassen mußten, während insbesondere unsere Großindustrie wahrhaftig nicht zu bedauern ist. Unser Baugewerbe liegt darnieder, es wird wenig gebaut, unsere Bauarbeiter haben nicht einmal im Sommer Beschäftigung und die Königsberger Zementfabrik zahlt 55 Prozent Dividende, 80 Kronen gegen 60 Kronen im Vorjahre aus. Sie hat einen Reingewinn von 19,1 Millionen gegen 6,8 Millionen im Jahre 1924. Diese

## Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Am 27. Oktober in Prag.

In der am 20. Oktober l. J. stattgefundenen Sitzung saßen die koalitierten Bergarbeiterverbände nach Berichterstattung aus der Sitzung der Exekutive des Internationalen Bergarbeiterverbandes und nach Durchberatung verschiedener Angelegenheiten den Beschluß, für den 27. Oktober 1926 nach Prag eine Reichskonferenz der Bergarbeiter einzuberufen.

### Industrie mit ihrem hohen Gewinn

verteuert das Bauen, sie macht das Bauen unmöglich, nicht aber der Mieterschutz, auf den das so gerne abgemauert wird. Wenn eine Industrie in einem Jahre 55 Prozent des Aktienkapitals verdient, dann kann man sich nicht wundern, wenn nicht gebaut wird. Und während unsere Arbeiter zum guten Teil unterernährt und verhungert sind, hat die Brüxer Bergbaugesellschaft einen Reingewinn von 6,6 Millionen erzielt und eine Dividende von 60 Kronen gegenüber 45 Kronen im Vorjahre verteilt, die Nordböhmisches Kohlenwerkgesellschaft einen Reingewinn von 4,8 Millionen erzielt und eine Dividende von 88 Kronen gegen 68 Kronen im Jahre 1924 ausbezahlt und die Berg- u. Hüttenwerkgesellschaft einen Reingewinn von 2 1/4 Millionen und eine Dividende von 20 Kronen. Dabei haben alle diese Gesellschaften reichliche Abschreibungen gemacht, reichliche Lantienmen bezahlt, die Berg- und Hüttengeleischaft allein an Lantienmen 1,6 Millionen. Alle diese Gesellschaften haben ihr Kapital ganz kräftig vermehrt und trotzdem waren sie in der Lage, so hohe Reingewinne zu erzielen. Wer verschafft ihnen diese Reingewinne? Die Arbeiter durch ihre erhöhte Arbeitsleistung und infolge der erniedrigten Löhne. Der Zucker muß teurer werden, aber die Reichenberger Zuckerraffinerie hat im Vorjahre 25 Prozent Dividende bezahlt, also ein Viertel ihres Aktienkapitals, in einem Jahre verdient. Die Kosten der ganzen Krise tragen einzig und allein die Arbeiter. Aber nicht nur den Arbeitern auch anderen Schichten der armen Bevölkerung will man jetzt an den Krogen gehen. Scheut man sich doch sogar nicht anzukündigen, daß man den Invaliden, insofern sie nicht mit mehr als 25 Prozent invalid sind, die Invalidenunterstützung wegnehmen wird. In den Zeiten der Arbeitslosigkeit, des ungeheuren Andranges der Arbeiter zu den Arbeitsstellen, finden Invaliden, die mit 25 Prozent Einbuße an ihrer Arbeitsfähigkeit erlitten haben, überhaupt keine Beschäftigung mehr. So sieht die Fürsorge des Staates aus. Das sind die ersten Früchte der bürgerlichen Koalitionswahl, des Abbaus der sozialen Lasten und der sozialpolitischen Errungenschaften ist die große Parole.

An den furchtbaren Erscheinungen, an der Arbeitslosigkeit in diesem Staate ist die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik dieses Staates, die Einführung der hohen Zölle schuld,

die vom ersten Tage an verfehlte Wirtschaftspolitik dieses Staates.

Das ist nicht eine Feststellung, die wir vom ersten Tage an, an dem wir hier gesprochen haben, gemacht haben. Es bereiten sich im Wirtschaftsleben große Dinge vor.

### Der Prozeß der Konzentration des Kapitals

geht immer weiter fort. Die großen Trusts, die man jetzt in Deutschland gebildet hat, der Zusammenschluß der Eisenindustrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, dem auch die Eisenindustrien anderer mitteleuropäischer Staaten angeschlossen werden sollen, sind ungeheure Ereignisse. Aber wer glauben wollte, daß dieses Ereignis ein Ausfließen der Wirtschaft oder eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zur Folge haben wird, der wird sich täuschen. Es ist der Weg, den der Kapitalismus gehen muß, der Weg, der die Großunternehmungen zusammenführt zu großen Gebilden, die über kleine Unternehmungen mit Vernichtung ihrer Existenz hinwegschreiten. Es ist das der Weg, der nur die Wahrheit dessen beweist, was der Sozialismus vorausgesagt hat. Eine Lösung der großen Fragen der Wirtschaft ist die Verstrickung dieser nicht. Sie wird wohl reiche Gewinne der daran beteiligten Unternehmungen bedeuten, eine Verteuerung der Preise mit sich bringen und neue Lasten auf die Bevölkerung wälzen. Dasselbe gilt von dem großen Versuch der Bankmagnaten, der nichts anderes ist, als ein Versuch des Finanzkapitals Europa zu beherrschen.

Nach erkläre zum Schluß, was ich eingangs erwähnt habe. Wir begrüßen die Wandlung, die hier in diesem Staate vor sich gegangen ist. Sie ist die Erfüllung unserer Wünsche, wir begrüßen es, daß die bürgerlichen Parteien zusammengekommen sind, obwohl wir wissen, daß die Herrschaft der bürgerlichen Parteien nichts anderes bedeutet, als eine weitere Verlesung, eine weitere Bedrückung, eine weitere Verflachung des arbeitenden Volkes. Ihr entgegenzutreten, das Volk aufzuklären über das Wesen dieser kapitalistischen Regierung, das Volk aufzuklären über das Wesen der kapitalistischen Staaten überhaupt, das ist unsere Aufgabe geworden. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß wir in diesem Kampfe gegen diese bürgerliche Regierung, in dem Kampfe gegen die unumschränkte Herrschaft des Kapitalismus in diesem Staate Bundesgenossen bei den Arbeitern der anderen Nationen finden werden. (Lebhafter Beifall.)

# Senat.

## Englis über die Wirtschaftskrise. — Genosse Dr. Heller über die politische und wirtschaftliche Lage.

Die gestrige Sitzung des Senates brachte zunächst eine Rede des Finanzministers Dr. Englis über die Wirtschaftsverhältnisse im Lande, eine der reaktionärsten Ministerreden, die man in der Tschechoslowakischen Republik je gehört hat. Der einseitige Sozialpolitiker ist nun vollends zum wissenschaftlichen Vorkämpfer der Bourgeoisie geworden, dessen theoretische Ausführungen nur dazu dienen, jeder Antwort auf die konkreten Fragen unieres Wirtschaftslebens, insbesondere der Teuerung und Arbeitslosigkeit auszuweichen.

Die Antwort auf diesen Herzenspunkt der kapitalistischen Reaktion erteilte sofort Genosse Dr. Heller, der dem rosaroten Bild, das der Herr Finanzminister von der Wirtschaftslage gezeichnet hatte, das graue Bild deutschen Arbeiterlebens in der Tschechoslowakei entgegenstellte. An der Hand unläugbarer Tatsachen wies unser Genosse nach, wie aus dem Glend der Arbeitenden die Gewinne der Kapitalisten abgepreßt werden, wie diejenigen, welche die Reichsklamer des Landes schaffen, von den Aneignern dieses Reichtums in Not und Elend gestochen werden.

Nicht minder schlagend war die Abrechnung mit den deutschbürgerlichen Regierungsparteien, denen Genosse Heller die Worte und Anschauungen ins Gedächtnis rief, welche sie noch vor wenigen Monaten geäußert hatten: Die Vellommenheit auf den Banken der Agrarier und Christlichsozialen zeigte, daß unser Sprecher ins Schwarze getroffen hatte.

### Nachstehend der Sitzungsbericht:

Die Sitzung wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Im Einlaß befindet sich u. a. ein Antrag des Senators Donat (Agr.) auf Einleitung eines neuen Ausschusses für Fragen der Wirtschaftslage, was natürlich keinen anderen Sinn hat, als die bestehenden Geseze zu verschlechtern. Der Interpellation der Regierungsparteien betreffend die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse wird ebenso die Tringdrigkeit zuekannt wie der Interpellation unserer Genossen wegen der Wirtschaftskrise, Teuerung und Arbeitslosigkeit und einer anderen wegen der Affäre Gajda. Die Debatte über diese Interpellationen wird mit der über die Regierungserklärung verbunden.

### Darauf ergriff:

#### Finanzminister Dr. Englis

Das Wort, um die eingebrachten Interpellationen über die Wirtschaftslage zu beantworten. Er führt u. a. aus:

Die Tschechoslowakei ist ein Exportland, der wirtschaftliche Zusammenhang mit dem Ausland ist ein viel härterer als bei anderen Ländern. Wir müssen also bei allem, was wir unternahmen, an die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland denken. Von dem Wirtschaftswachstum mit den anderen Ländern ist auch unsere Wahrung abhängig, die eine der höchsten in Europa ist. Ende September 1925 war der Außenumsatz von 7839 Millionen Kč mit 1732 Millionen gesch. Ende September 1926 ein Außenumsatz von 7510 Millionen mit 2520 Millionen in Gold, anderem Metall und Devisen, also mit einem Drittel. Vom Standpunkt der Konkurrenzfähigkeit muß man auch die sozialen Lasten behandeln, die sozialen Versorgungskosten werden uns nicht mügen, falls sie die Produktivität untergraben. Was die Wohnungsfrage betrifft, muß man zwischen der Wohnungskrise und der Wohnungsnot unterscheiden. Die Not an kleinen Wohnungen wird immer vorhanden sein, sie zu bekämpfen ist Aufgabe der Gemeindegewalt. Die Wohnungsfrage aber ist die Folge des Eingriffs in die Gewinnbildung der Jahre. Die Frage der Zölle war nur zu lösen durch Beilegung der Industriezölle oder die Einführung von Agrarzöllen. Da das letztere nicht möglich war, mußte das letztere geschehen. Der Zollfuß der Landwirtschaft ist ebenso notwendig wie es die Beilegung der gesamten Wirtschaft gewesen ist und die Beilegung der staatlichen Politik der Wirtschaft ist. Daß das Einkommen weniger steigt als die Preise ist ein Zeichen des Rückgangs der Produktion. Wir sind eben armer als vor dem Krieg. Das Problem der Krise, Arbeitslosigkeit und Teuerung ist ein Problem der Produktivität. Sozialpolitik und Konsumentschutz kann man nur mit Rücksicht auf die Produktivität machen. Die Grundlagen des Gemein Einkommens der Arbeitlosenunterstützung werden aufrecht gehalten. Die politische Lösung aller dieser Probleme — diejenigen, die das verlangen, gehen von dem Standpunkt der Allmacht des Staates aus — ist unmöglich, die Kompromißlosigkeit der wirtschaftlichen Weltanschauung verlangt eine objektive Lösung.

Nach dem Finanzminister, gelangte Genosse Dr. Heller zu Worte, dessen Rede wir an anderer Stelle bringen.

Sodann sprachen noch der tschechische Gewerbetreibender Pöschel und der deutsche Nationalsozialist Jahnke, der erklärte, daß man den Kampf um die nationale Freiheit allem anderem voranzustellen müsse.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Die Fortsetzung derselben findet Donnerstag statt.

# Tagesneuigkeiten.

## Die Hochschule des österreichischen Proletariats.

Am 3. Oktober begann der zweite Jahrgang der Wiener Arbeiterhochschule. Schon die Eröffnungsfeier brachte funnfällig zum Ausdruck, welche Bedeutung gerade dieser Schule zukommt. So die Wissenschaft auch heute noch ein Monopol der besitzenden Klasse bildet, ist das Proletariat auf diesem Gebiete völlig auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen. Bildungsarbeit ist heute mehr als je ein wesentlicher Faktor der Arbeiterbewegung. Die Organisationen bemühen sich, diesem Aufgabenbereich nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Ramngedigte Erfahrungen haben gelehrt, daß Schulen, die in Internatsform abgehalten werden, am sichersten Erfolg versprechen. Der Schüler darf beruht nicht abgelenkt sein, muß frei von wirtschaftlichen Sorgen und im Festige genügend freier Zeit sich ganz dem Studium widmen können. Das Muster einer solchen Internatschule ist die Arbeiterhochschule in Wien. Der Unterricht dauert vom Oktober bis zum März, also volle sechs Monate. Natürlich ist eine solche Schule nur möglich, wenn genügend Geldmittel zur Verfügung stehen. Das österreichische Proletariat hat keine Opfer gescheut. So gelang es, auf dem Gebiete der Bildungsarbeit diese Großtat zu setzen.

Als Schulgebäude wurde das ursprünglich der Kaiserin Maria Theresia gehörige Schloßchen in der Zidenberggasse im 19. Bezirk von der sozialdemokratischen Partei käuflich erworben. Es liegt abgegrenzt an der Peripherie von Wien, in einem stillen Winkel der larmenden Großstadt verborgen. Die Räumlichkeiten wurden entsprechend umgebaut. Im Erdgeschoß befinden sich die Vorkolle, die Küche, der Speisesaal und die Wohnräume des Personals, im ersten Stock sind der Lehrsaal, das Bibliothekszimmer, der Schreib- und Lesesaal, die Direktionskanzlei und mehrere Schlafzimmer untergebracht. Im zweiten Stock befinden sich gleichfalls Schlafzimmere. Die Einrichtung entspricht neuesten Anforderungen. Vabgelegeneit und Radio sind vorhanden. Vor dem Gebäude erstreckt sich ein kleiner, reizvoller Park.

Gegenwärtig zählt die Schule 27 Schüler und 4 Schülerinnen. (Im Verjahre 26 und 6.) Die Auswahl erfolgte über Vorschlag der Organisationsleiter des österreichischen Proletariats: Otto Bauer, Helene Bauer, Fritz Adler, Max Adler, Luipold Stern, Max Winter, Viktor Stein und andere.

Der Unterricht dauert täglich von 8 bis 10 Uhr, von 11 bis 12 Uhr vormittags und von 15 bis 6 Uhr nachmittags. Am Morgen wird eine halbe Stunde geturnt, die übrige Zeit wird zum Lernen verwendet. Kollektive sind Exkursionen statt. Die Unterrichtsmethode besteht darin, daß der Vortragstoff von Lehrern und Schülern gemeinsam erarbeitet wird, das Autoritätsprinzip des Lehrers wird verneint.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß alle Schüler es als höchstes Glück betrachten, diese Schule besuchen zu dürfen. Unter ihnen herrscht Kameradschaft und stilles Miteinanderwetteifern im Lernen. Sie werden alles tun, um die auf sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen und eifrig bestrebt sein, das in der Arbeiterhochschule erworben Wissen einzusetzen im Kampf um eine bessere Welt, als wahre, pflichtbewusste Sozialisten, die der Partei zurückgeben, was sie von ihr empfangen: Bildung und Wissen, die dem Proletariat Macht verleihen und Freiheit bringen. L.

## Weiteres Steigen der Preise.

An der dienstägigen Produktendörse sind die Preise abermals gestiegen, wahrscheinlich wollte die Börse den neuen Regierungsparteien damit eine Freude bereiten. Insbesondere Kornbauern und Getreidehändler können sich des Lebens freuen, denn der Preisanstieg des Kornes ist ein unaußfallbarer. Am Juni war der Preis des Kornes 135, vorige Woche 193, Dienstag aber 198. In demselben Augenblick, da die Regierung eine Verordnung über die Vermehrung des Kornmehls herausgab, welche angeblich zur Verbilligung des Kornmehls führen werde, erhöht die Börse die Kornpreise, so daß die Menschen von nun an schlechteres Brot haben werden, zugleich aber den Trost, daß schlechtere Brot teurer bezahlen zu können.

Gleichzeitig mit den Kornpreisen gehen die Preise der Hülsenfrüchte hinauf. Selbe Erbsen sind von Anfang August von 190 bis 230 K. nunmehr auf 275 bis 300 K. gestiegen, Linsen von 450 bis 500 K auf K 625. Auch das Steigen der Kartoffelpreise geht in geradezu bedauerlicher Weise weiter, und hat schon die Höhe von 110 K erreicht. Einfuhrverwilligungen für ausländische Kartoffeln werden zwar erteilt, aber nur für agrarische Genossenschaften. Die organisierten Konsumanten werden ausgeschlossen. Was dabei herauskommt, zeigt eine Notiz des „Bravo Vida“, daß in den Kaffeehäusern Brekburas ein lebhafter Handel mit solchen Einfuhrverwilligungen getrieben wird. Es ist dies angesichts der Teuerung und der Notlage der Arbeiterklasse ein unerträgliches Döner.

An ein Eingreifen der Regierung angesichts dieser Entwidlung ist bei den deutlichen Nachweismitteln im Parlament nicht zu denken. Bei dieser Art Völkerverwöhnung arbeiten nur Großgrundbesitzer und Wucherer.

Arbeitsmarktlage Politik im Rundfunk — in Deutschland. Genosse Dr. Karl Renner, der

in den letzten Tagen einige politische Reden in Deutschland hielt, sprach unter anderem auch im Berliner Rundfunk über den Anschluß Österreichs an Deutschland, dessen Vollzug eine Notwendigkeit von europäischer Bedeutung darstelle. — Wir baden diese Tatsache, die einen Fortschritt in der politischen Entwicklung des reichsdeutschen Rundfunk vorstellt, mit Genugtuung. Die nur durch den Umstand gemindert wird, daß im tschechoslowakischen Rundfunk Vorträge mit hochpolitischem Inhalt, von den Regierern von heute gegen den Reich geht, nicht solche Freiheit genießen. Da bedarf es noch vieler Anstrengungen, die aber bestimmt zum Ziele führen werden, wenn die Arbeiter und alle ihre Organisationen dem „Freien Radio“ erhöhtes, ständiges Augenmerk zuwenden werden.

Die Stadt Mähr.-Trübau bei der Bodenaufteilung gänzlich übergegangen! Unter diesem Titel berichtet der „Tagebote“ über das unerhörte Vorgehen der tschechischen „Bodenreformer“ bei der Aufteilung des Pachtenteils des Großgrundbesitzes in Mähr.-Trübau. Aus dem Aufteilungsplan ist zu ersehen, daß die Stadt, welche keinen einzigen Quadratmeter eigenen Pongrund besitzt und für ihre aufgeführten Notstandsbedürfnisse keinen Boden ankaufen mußte, die weiten keinen Spielplatz für die Schuljugend ihr eigen nennt — auch kein einziger Spiel-, Turn- oder Sportverein besitzt einen solchen —, fast gar nichts zugebillt bekommen soll. Die Stadt soll lediglich ein schmales, unzulänglich und weit auswärts gelegenes Stückchen Boden erhalten. Die Turnvereine, natürlich auch der Arbeiterturnverein erhalten nichts. Dagegen wird der schönste Boden zugeteilt: 3 Mehen dem Leiter der Bezirkshauptmannschaft, der bereits die Luxuswohnung im noch immer nicht übernommenen Amtsgäude und den tiefen Garten zu einem Sportplatz einweihen, dem Evidenzkapital, der ein Resthaus besitzt, einer Reihe weiterer tschechischer Beamter, jeder zu 2 Mehen, dem „Dofol“ 5 Mehen, 2 Kolonisten je gegen 30 Mehen; der Meierhof als Restgut fällt dem Landesauschuh zu, ein Teil der sogenannten Färchenwiese einem Gärtner, natürlich keinem Deutschen, der Turnvereinsplatz dem Lager usw. usw. — Da ist ein hübscher Anfang der „nationalen Verständigung“, die nach den Absichten der Stehla, Spina und Mähr-Harting bereits angebrochen ist!

Das neue Hemd. Bei uns ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Hitlerbewegung im Reiche vollständig eingeschlagen sei. Das ist natürlich ganz falsch, wie folgender, eben im „Völkischen Beobachter“ erschienener Bericht beweist:

„Die oberste Z. A. Führung hat einen neuen Schnitt und geeigneten Stoff für das Hitler-Z. A.-Hemd eingeführt und die Oberleitung der Schutzstaffel mit dem Vertrieb beauftragt. Dieses Hemd ist nunmehr das vorläufigste; die Aenderung des Hemdes wurde jedoch so vorgenommen, daß beim Aeneinandertragen alter und neuer Z. A.-Hemden die Einheitlichkeit des Gesamteindrucks gewahrt bleibt... In Kürze werden durch die Oberleitung der Z. A. auch die neuen Z. A.-Mägen in den Handel gebracht werden.“

Es geht aber rüstig vorwärts. Dabei will es wenig bezagen, daß zur gleichen Zeit der berühmte Dinter über die Zahlungsumlust der nationalsozialistischen Parteimitglieder klagt, denen mit dem Gerichte droht werden muß, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Das wird aber gewiß besser werden, wenn die Aerie jetzt neue Hemden und neue Mägen bekommen. Schade, daß sich damit unter der Mütze nichts ändert.

Die Kriegsbeschädigten und der Finanzminister. Am 17. Oktober fand in Zagau eine öffentliche Versammlung der Ortsgruppe des Bundes der Kriegsverletzten statt, in welcher für die Zentralleitung Seppin referierte. In seiner Rede kam er auch auf die letzten Ausführungen des Finanzministers bei der Parlamentseröffnung zu sprechen und führte hienzu aus, daß der Finanzminister durch seine Ausführungen die Deutlichkeit irreführte, als er erklärte, daß im Jahre 1926 die Budgetpost für Kriegsbeschädigtenfürsorge um 145 Millionen Kronen überhöhten wurde. Der Finanzminister habe aber nicht angegeben, warum die Ueberhöhtung eintrat. Eine Ueberhöhtung mußte eintreten, weil die früheren Jahre nie die für Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgeworfenen Beträge voll zur Auszahlung kamen, da die Renten mit der Anweisung der Renten bzw. mit dem Verfaßen auf Zuerkennung der Rente nicht rechtzeitig fertig wurden. Im Jahre 1920 war beinahe eine Milliarde eingekürzt, tatsächlich ausbezahlt wurden aber nur wenige Millionen. So war es auch in den folgenden Jahren. Es mußte aber einmal die Zeit kommen, wo die Parloisgänger die vom 1. Mai 1920 mitzubehalten Renten zur Auszahlung bringen mußten. Durch diese Nachzahlungen, die eigentlich schon in den vorhergehenden Jahren hätten geleistet werden müssen, entfiel die Ueberhöhtung des Voranschlags um 145 Millionen. Das gibt natürlich ein ganz anderes Bild, als es der Finanzminister der Öffentlichkeit gezeigt hat. Die angekündigte Erreichung eines Teiles der Kriegsbeschädigten aus dem Rentenbezug, um mit den erreichten Erparungen die Renten des anderen Teiles erhöhen zu können, erweist den Grund, als ob die minderprozentigen Kriegsbeschädigten keine besonderen Kriegserben

# Rundfunk für Alle!

## Programm für morgen, Freitag.

Prog. 372. 11. Mittagskonzert. 1. Tuppel: John Philip und sein Mann. 2. Delius: Valse. Die Kinder (1920). 3. Mahler: Schloß. 4. Beethoven: Minuetten. 5. Offenbach: Marche. 6. Ueber: Bolero aus „Alceste“. 7. Meyer: 6. Streichquartett. 8. Tzigane. 9. 12. Beethoven: Streichquartett. 10. 11. Beethoven: Streichquartett. 11. 12. Beethoven: Streichquartett. 12. 13. Beethoven: Streichquartett. 13. 14. Beethoven: Streichquartett. 14. 15. Beethoven: Streichquartett. 15. 16. Beethoven: Streichquartett. 16. 17. Beethoven: Streichquartett. 17. 18. Beethoven: Streichquartett. 18. 19. Beethoven: Streichquartett. 19. 20. Beethoven: Streichquartett. 20. 21. Beethoven: Streichquartett. 21. 22. Beethoven: Streichquartett. 22. 23. Beethoven: Streichquartett. 23. 24. Beethoven: Streichquartett. 24. 25. Beethoven: Streichquartett. 25. 26. Beethoven: Streichquartett. 26. 27. Beethoven: Streichquartett. 27. 28. Beethoven: Streichquartett. 28. 29. Beethoven: Streichquartett. 29. 30. Beethoven: Streichquartett. 30. 31. Beethoven: Streichquartett. 31. 32. Beethoven: Streichquartett. 32. 33. Beethoven: Streichquartett. 33. 34. Beethoven: Streichquartett. 34. 35. Beethoven: Streichquartett. 35. 36. Beethoven: Streichquartett. 36. 37. Beethoven: Streichquartett. 37. 38. Beethoven: Streichquartett. 38. 39. Beethoven: Streichquartett. 39. 40. Beethoven: Streichquartett. 40. 41. Beethoven: Streichquartett. 41. 42. Beethoven: Streichquartett. 42. 43. Beethoven: Streichquartett. 43. 44. Beethoven: Streichquartett. 44. 45. Beethoven: Streichquartett. 45. 46. Beethoven: Streichquartett. 46. 47. Beethoven: Streichquartett. 47. 48. Beethoven: Streichquartett. 48. 49. Beethoven: Streichquartett. 49. 50. Beethoven: Streichquartett. 50. 51. Beethoven: Streichquartett. 51. 52. Beethoven: Streichquartett. 52. 53. Beethoven: Streichquartett. 53. 54. Beethoven: Streichquartett. 54. 55. Beethoven: Streichquartett. 55. 56. Beethoven: Streichquartett. 56. 57. Beethoven: Streichquartett. 57. 58. Beethoven: Streichquartett. 58. 59. Beethoven: Streichquartett. 59. 60. Beethoven: Streichquartett. 60. 61. Beethoven: Streichquartett. 61. 62. Beethoven: Streichquartett. 62. 63. Beethoven: Streichquartett. 63. 64. Beethoven: Streichquartett. 64. 65. Beethoven: Streichquartett. 65. 66. Beethoven: Streichquartett. 66. 67. Beethoven: Streichquartett. 67. 68. Beethoven: Streichquartett. 68. 69. Beethoven: Streichquartett. 69. 70. Beethoven: Streichquartett. 70. 71. Beethoven: Streichquartett. 71. 72. Beethoven: Streichquartett. 72. 73. Beethoven: Streichquartett. 73. 74. Beethoven: Streichquartett. 74. 75. Beethoven: Streichquartett. 75. 76. Beethoven: Streichquartett. 76. 77. Beethoven: Streichquartett. 77. 78. Beethoven: Streichquartett. 78. 79. Beethoven: Streichquartett. 79. 80. Beethoven: Streichquartett. 80. 81. Beethoven: Streichquartett. 81. 82. Beethoven: Streichquartett. 82. 83. Beethoven: Streichquartett. 83. 84. Beethoven: Streichquartett. 84. 85. Beethoven: Streichquartett. 85. 86. Beethoven: Streichquartett. 86. 87. Beethoven: Streichquartett. 87. 88. Beethoven: Streichquartett. 88. 89. Beethoven: Streichquartett. 89. 90. Beethoven: Streichquartett. 90. 91. Beethoven: Streichquartett. 91. 92. Beethoven: Streichquartett. 92. 93. Beethoven: Streichquartett. 93. 94. Beethoven: Streichquartett. 94. 95. Beethoven: Streichquartett. 95. 96. Beethoven: Streichquartett. 96. 97. Beethoven: Streichquartett. 97. 98. Beethoven: Streichquartett. 98. 99. Beethoven: Streichquartett. 99. 100. Beethoven: Streichquartett. 100.

## Deutschland.

Kriegsbeschädigten. 1500. 17. Reichsamt für Kriegsveteranen. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

hätten, aber hohe Renten beziehen würden. Die heute als minderprozentig Bezeichneten sind durch die fast jährlich stattfindenden Revisionsuntersuchungen schon so geschwächt, daß alle diese Kriegsbeschädigten wirklich schwere Leiden aufzuweisen haben und man sie deshalb nicht ohne weiteres aus einem Rentenbezug ausscheiden kann.

Vor dem Abschluß des Strafverfahrens gegen Gajda. Die „Kosa Doba“ schreibt: Die wir erfahren, entsprechen die Nachrichten, daß unter dem Regime des neuen Verteidigungsministers Ud. L. L. die Affäre Gajdas in aller Stille liquidiert werden soll, nicht der Wahrheit. Nach unserer Information ist das Strafverfahren gegen Gajda in vollem Fluß und der Verteidigungsminister drängt sogar auf die rasche Erledigung. Da das Beweismaterial detariert ist, daß es nicht der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann, wird wahrscheinlich eine engere Kommission eingesetzt werden, die die Dokumente prüfen wird. Das Urteil dieser Kommission wird über die Degradierung Gajdas entscheidend sein. Das Strafverfahren wird schon in der nächsten Zeit abgeschlossen werden.

Zorgen der italienischen Post. Die aus Rom gemeldet wird, wird die italienische Postverwaltung noch in dieser Woche Erziehungsmarken anlässlich der Gründung der faschistischen Nationalmiliz in allen laufenden Serien herausgeben.

15. tschechoslowakische Klassenlotterie. (Grundzahlen 71 und 91.)

100.000 K:	155.091, 197.991;
70.000 K:	89.071, 75.091; je 50.000 K: 31.671, 259.471; je 10.000 K: 8.771, 20.191, 22.371, 37.491, 46.791, 88.171, 99.991, 160.791, 174.271, 219.091, 221.391, 258.691; je 5000 K: 1091, 7871, 7291, 18.421, 29.171, 28.591, 32.871, 45.841, 52.071, 57.391, 67.071, 68.771, 81.391, 94.371, 98.291, 120.791, 130.971, 159.971, 169.771, 172.191, 178.571, 195.871, 227.091, 231.391; je 2000 K: 5271, 5791, 5991, 6191, 7171, 10.091, 10.171, 12.991, 14.691, 18.271, 32.091, 33.971, 40.771, 44.191, 45.071, 52.991, 53.291, 76.071, 88.071, 88.471, 94.171, 96.371, 97.571, 97.391, 104.071, 104.171, 108.171, 110.291, 112.271, 113.391, 117.291, 119.091, 130.691, 131.191, 131.391, 133.191, 136.091, 138.371, 140.671, 141.571, 144.291, 151.991, 164.791, 166.471, 173.191, 175.991, 174.571, 176.071, 187.371, 188.171, 193.091, 203.571, 204.571, 205.771, 208.491, 209.491, 218.191, 219.571, 224.871, 229.091; je 1000 K: 4071, 6891, 7371, 8291, 10.871, 11.171, 11.371, 11.991, 13.191, 13.291, 15.891, 18.091, 22.691, 24.391, 24.671, 24.691, 27.191, 33.071, 33.391, 38.491, 39.391, 43.671, 44.691, 47.371, 53.991, 57.871, 58.791, 59.071, 60.871, 62.091, 62.471, 62.491, 63.691, 64.491, 65.391, 66.271, 73.891, 76.871, 77.571, 78.771, 80.691, 88.891, 91.371, 93.791, 95.091, 97.271, 99.391, 101.891, 103.471, 106.271, 107.071, 107.371, 110.871, 110.971, 111.791, 114.591, 116.791, 116.891, 118.471, 122.191, 123.091, 130.891, 131.771, 132.591, 140.371, 141.091, 141.791, 142.891, 143.171, 144.171, 145.971, 147.191, 147.591, 148.571, 151.771, 152.191, 152.471, 152.791, 155.171, 160.071, 162.191, 163.191, 169.191, 169.571, 169.891, 170.971, 174.291, 177.271, 177.991, 178.291, 178.871, 180.891, 181.471, 184.971, 187.471, 187.791, 188.071, 190.271, 194.371, 196.991, 201.291, 203.491, 205.091, 205.471, 206.691, 207.291, 208.171, 210.671, 218.091, 220.891, 223.671, 225.071, 227.971, 228.071, 228.691, 229.191, 229.291, 229.791, 235.771.

**Und darum hat der heilige Franziskus gelebt!**  
In weltlichen Zeitungen ist ein Bericht über eine ungewöhnliche Grabhändlung erschienen. Er lautet: Siebzehn Kanonen und hundert Automobile für den Mann, der sein Leben in Bettel und Entbehrung verbracht hat, um die Menschheit besser zu machen; feilschende Musikanten am Grabe des Heiligen, der sein Erdendwiesens rechts in den Dienst der Gerechtigkeit, Vergebung und Liebe gestellt hat! Siebenhundert Jahre müssen vergehen, ehe die Saat des heiligen Franziskus aufzugehen ist: über seinem Leichensarg verdrängen sich nun Kirche und Jesuitismus, die Männer der Religion der Nächstenliebe und die Männer des blutigen Wortes. Mit großem Pomp! Wie das den heiligen Franziskus in seinem Grabe gestreut haben wird! O über diese Leichenschänder!

**Warnung!** Es diene allen Organisationsstellen der Gewerkschaften und Partei zur Kenntnis, daß Sonntag, den 16. Oktober l. J. dem Sekretär der Union der Textilarbeiter, Genossen Rudolf Richter, wohnhaft in Sternberg, auf der Eisenbahnstrecke von Barn-Andersdorf—Dümm über beim Aussteigen in Dümm die Brieftasche entwendet wurde. Darin befanden sich neben Geld und anderen Papieren auch die von der Union der Textilarbeiter angestellte Legitimation mit Photographie, beglaubigt von der politischen Bezirksverwaltung in Sternberg. Sollte jemand versuchen, auf Grund dieser Legitimation bei den Organisationen oder anderen Stellen Gelder auszuborgen oder sonstige Mißbrauch zu treiben, so ist die Legitimation abzunehmen und die Verhaftung dieser Person zu veranlassen. — Die Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Nachdruck dieser Warnung ersucht.

**Ueberfallen, genötigt, angestekt, geschwängert.** . . . Unsere nächste Volkswacht berichtet: Am 1. Februar 1926 war das bei dem Dr. Degen in Wiesbad bedienstete, 22jährige Mädchen G. V. beschäftigt, Kohlen aus dem Schuppen zu holen. Es war bereits dunkel geworden und das Mädchen merkte es nicht, daß der im selben Hause wohnende Gemeindepolizist Rudolf Tichy nachgekommen war und plötzlich in der Tür stand, um sie auch gleich zu umfassen. Die V. war sehr erschrocken und wendete sich heftig gegen den Eindringling, der von ihr verlangte, ihm zu Willen zu sein. Infolge der Aufregung fiel das Mädchen, das nach Aussage des genannten Arztes unter epileptischen Anfällen zu leiden hat, in Ohnmacht und Tichy notzuzugriff die Beunruhigte. Der Mutter sagte das Mädchen von dem Vorfall, sonst aber keinem Menschen etwas davon. Erst drei Monate später wurde im Spital festgestellt, daß das Mädchen nicht nur schwanger sei, sondern es wurde außerdem eine Geschlechtskrankheit konstatiert. Das Krankenhaus machte nun die Anzeige wegen der Anstechung und der Vater des Mädchens ging zur Gendarmerie in Wiesbad, um auch dort die Angelegenheit anzugehen. Trotzdem macht der Polizist heute noch seinen Dienst in der Gemeinde und hat sich sogar einen Advokaten gedungen, mit dem er durch Einschüchterungsversuche die Sache will niederlagern lassen, mit Unterstützung des Viebauer Bürgermeisters und seines christlich-sozialen Stellvertreters. Tichy erzählt jetzt sogar, daß das Mädchen, über das die denkbare besten Auslagen vorliegen, ihm verführt habe. Hoffentlich findet sich aber bald ein Richter, der dem Kerl das Handwerf legt!

**Die Mordpläne gegen Stresemann.** Mittwochs vorantags begann in Moskau die Propaganda gegen den aus Berlin-Siemensstadt heimkehrenden Kaiserhof, hat im Unterwiesengebiet einen Ausbruchversuch unternommen. Durch einen Zeitschiffbruch aufmerksam gemacht, stellten die Gefängnisbeamten fest, daß Richter dabei war, die eisernen Gitterlässe vor dem Fenster seiner Zelle zu durchdringen. In seiner Zelle fanden sich sieben Sägen. Wie diese in den Besitz Richters gekommen sind, ist einzuwählen noch nicht angeklärt.

**Die englischen Geistlichen schaffen die Hölle ab.** Der allgemeine englische Kirchenkonvent beschäftigte sich mit dem Problem, ob der Begriff der Hölle von der englischen Kirche abzuschaffen sei. Nach lebhafter Debatte gaben der Erzbischof von York und der Bischof von Liverpool den Ausschlag, die beide die Ansicht vertraten, daß die Hölle aus dem britischen Dogmenlauben zu beseitigen sei, zumal die Hölle eine veraltete Erziehungsmethode des Staatsbürgers darstelle. Darauf fiel bei der Abstimmung die Entscheidung: die Hölle existiert in England nicht mehr.

**Die norwegische Abstimmung über das Alkoholverbot.** Bis halb 10 Uhr abends wurden am Densha Oslo und Bergen nicht mitgerechnet, 361.650 Stimmen für und 368.398 Stimmen gegen das Spiritusverbot gezählt. Die Zahl der Verbotsgegner ist um 58.686 Stimmen zurückgegangen, während die Verbotsgegner einen Fortschritt von 226.883 Stimmen zu verzeichnen haben. In Oslo selbst wurden bisher 14.300 Stimmen für und 75.030 Stimmen gegen das Verbot gezählt. — Eine spätere Meldung lautet: Die Ergebnisse des Plebiszits, betreffend die Prohibition sind jetzt schon beinahe vollständig. Nur aus einigen wenigen Nordbezirken sind die Resultate noch nicht eingetroffen. Bisher haben sich 518.972 gegen und 408.945 für die Prohibition ausgesprochen. Dieses Resultat weist eine Mehrheit von über 100.000 Stimmen gegen die Prohibition aus. Der Minister für soziale Fürsorge erklärte in einem Interview mit Pressevertretern, daß die Regierung sofort einen Gesetzesentwurf vorbereiten werde, mit welchem sie die gegenwärtige Prohibition von alkoholischen Getränken widerruft. Nach Erlassung dieses Gesetzes werden Spirituswesen in Staatsmonopol verkauft werden. Allen Anschein nach wird keine Vorschrift für Einschränkung des Verkaufes erlassen werden, doch werden Spirituswesen an Personen unter 21 Jahren nicht verkauft werden. Diese Gesetzesvorlage wird zu Beginn der neuen Session des Parlaments im Januar dem Storting unterbreitet werden. Man erwartet, daß

sie mit großer Mehrheit angenommen werden wird.

**Militärregistrierung der polnischen Jahrgänge 1890—1898.** Das Konsulat der Polnischen Republik in Prag fordert alle polnischen Staatsbürger des Jahrganges 1890—1898 auf, welche ständig oder vorübergehend in seinem Konsularbezirk wohnhaft sind, große Militärregistrierung bis zum 1. November 1926 im Konsulate (Prag Zwitnow, Stefankova st. 45) zu melden. Der Amtspräsident des polnischen Konsulates in Prag umfaßt ganz Böhmen und in Mähren die Bezirke Brünn und Jglau. Schriftliche Anmeldungen sind nur auf eigenes Risiko des Meldenden zulässig.

**Ein wertvoller Fund** ist in der Umgebung der Stadt Szegedin durch den Direktor des städtischen Museums bei Ausgrabungen gemacht worden. Der Fund enthält 22 goldene Juwelen, darunter mit Edelsteinen geschmückte Kleiderknöpfe, Spangen usw. und eine größere Menge Goldplättchen, die aus dem 5. oder 6. Jahrhundert herrühren dürften. Man nimmt an, daß die Wertgegenstände einem Führer der Gepiden gehörten und vor den mit diesem im Kampfe stehenden Wären verstreut worden sind.

**Eine tödliche Ohrseigt.** Bei einer Konfiserie in einer Gastwirtschaft in Mähr. Odrau verlor der bekannte Kaufmann A. Ruzicka dem A. Roder eine derartig wichtige Ohrseigt, daß dieser im Bogen aus der Türe des Wirtschafters flog und auf den Schienen der Straßenbahn leblos liegen blieb. Als man Roder Hilfe bringen wollte, fand man, daß er tot war. Der Mörder wurde verhaftet.

**Vom Juge überfahren und getötet.** Ein bewährter Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Montag abends auf dem Staatsbahnhof in Friedland. Der im Jahre 1900 geborene Erwin Eißner aus Rimmersdorf beabsichtigte den gegen 8 Uhr von Reichenberg kommenden Personenzug zur Weitzschiefer nach Weitzdorf zu benutzen. Er kam jedoch erst am Bahnhof an, als der Zug abfuhr, überbrang das Geländer, um in den bereits in Bewegung befindlichen Zug noch einzusteigen. Trotzdem ihm der diensthabende Beamte mit der Laterne und erhobenen Händen entgegentrat, wich ihm Eißner aus und versuchte, auf den Zug aufzuspringen. Da ihm auch der Konduktoren abwehrte, schien es, als ob Eißner seine Mißfahrt aufgegeben habe, doch wiederholte er den Versuch bei einem der letzten Wagen des bereits in schneller Fahrt befindlichen Zuges, was für ihn zum Verhängnis werden sollte. Eißner ist dabei von dem Geländer an seiner Kleidung erlöst, zu Boden gerissen und unter den Rädern des Zuges getötet worden.

**Schnee im Erzgebirge.** Wie vom Reiberg mitgeteilt wird, hat es dort am Sonntag und Montag bereits geschneit. Das ganze Bergplateau ist mit einer fünf Zentimeter hohen Schneedecke eingeschüttelt und auch an anderen höheren Stellen des Erzgebirges liegt Schnee. Hoffentlich bedeutet das noch nicht den Beginn einer kalten Periode, die die Durchführung von Arbeitsarbeiten nur erschweren und dadurch das ohnehin große Elend unter der ärmeren Bevölkerung, vor allem aber der Arbeitslosen noch verschärfen würde.

**Die Umlosteuer.** In der gestrigen Zusammenstellung der Steuern nach dem Staatsvoranschlag für 1927 ist bei der Post-Umlosteuer ein Druckfehler unterlaufen. Es soll nicht heißen 4.101.825.000, sondern richtig 1.101.625.000.

**Ausbruchversuch des Postbotenleiters Kahner.** Der Berliner Postbotenleiter Kahner, der zuletzt von sich reden machte durch einen verwegenen Ueberfall auf einen Schweizerischen Versicherungsbeamten im Hotel Kaiserhof, hat im Unterwiesengebiet einen Ausbruchversuch unternommen. Durch einen Zeitschiffbruch aufmerksam gemacht, stellten die Gefängnisbeamten fest, daß Kahner dabei war, die eisernen Gitterlässe vor dem Fenster seiner Zelle zu durchdringen. In seiner Zelle fanden sich sieben Sägen. Wie diese in den Besitz Richters gekommen sind, ist einzuwählen noch nicht angeklärt.

**Die englischen Geistlichen schaffen die Hölle ab.** Der allgemeine englische Kirchenkonvent beschäftigte sich mit dem Problem, ob der Begriff der Hölle von der englischen Kirche abzuschaffen sei. Nach lebhafter Debatte gaben der Erzbischof von York und der Bischof von Liverpool den Ausschlag, die beide die Ansicht vertraten, daß die Hölle aus dem britischen Dogmenlauben zu beseitigen sei, zumal die Hölle eine veraltete Erziehungsmethode des Staatsbürgers darstelle. Darauf fiel bei der Abstimmung die Entscheidung: die Hölle existiert in England nicht mehr.

**Tödliche Einspritzung.** Bei einer Krimen Operation eines Währigen Patienten in der städtischen Klinik Leipzig war vom Arzt eine tödliche Verletzung mit einer Kokaininspritzung angeordnet worden. Durch ein Versehen nahm die Krankenschwester eine verpackte Spritze, die nur für eine äußere Bepinselung gebraucht werden durfte. Die Folge war, daß der junge Mann nach noch nicht zwei Minuten tot war. Die Oberärztin, der das Mißgeschick unterliefen ist, verfiel ihren Bitten seit 14 Jahren zur allgemeinen Anerkennung. Die Staatsanwaltschaft hat bereits ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet.

**30 Tage Zwangsarbeit für einen Kuh.** Ein junges Mädchen in Rein-Park wollte einem Polizeioffizier unbedingt einen Kuh geben, dieser wehrte sich dagegen und ließ sie schließlich zur Wehr stehen. Es erfolgte eine Anzeige. Aber bei der Gerichtsverhandlung beantragte das Mädchen eine günstige Selbsterklärung, ihre Köhnt doch durchzuführen. Sie klappte sich auf den amweilenden Polizeioffizier und gab ihm unter großer Pöttelei der Juchere auf beide Wangen einen Kuh. Darauf wurde sie zu 30 Tagen Zwangsarbeit verurteilt.

## Die weiße Gefahr in China.

### Eine englische Stimme.

Niemals seit 1900 war die Lage der Ausländer in China so kritisch wie gegenwärtig. Aber an die Boxer-Bewegung erinnernd, will ich keine Parallelen ziehen; ganz im Gegenteil. Was so wichtig ist für die Europäer, ist jener tiefe Abgrund, der die Nationalisten von heute von den ungeheueren Reaktionen vor 26 Jahren trennt. Die Boxer repräsentierten die wenigst zivilisierten und wenigst aufgeklärten Elemente ihres Landes; sie verlangten die Erhaltung der alten Traditionen. Nun aber besteht die Ku-Min-Tang, die moderne nationale Partei, aus den modernsten und westlich-orientierten Menschen in China, Menschen, die wohl nicht die Sklavemoral, welche die Europäer im Osten einzuführen suchten, annahmen, wohl aber die Lehren von Freiheit und Selbstbestimmung, die sie für den häuslichen Gebrauch haben. Kein unvoreingenommener Mensch kann zweifeln, daß die Ku-Min-Tang eine moralische und geistige Bewegung, die beste, die in China war, darstellt, und deshalb geläutert es unser englisches Ansehen, sie zu vernichten.

Ein Wort über die Situation. In der Mandchurie ist Chang-Tso-lin im Begriffe, sich der Chinesischen Ost-Bahn zu bemächtigen, die von Chinesischen Arbeitern und zaristischen Kapital erbaut wurde und daher von der Sowjet-Regierung beansprucht wird. Nicht sehr weit nördlich von Peking steht die unerschriebene Armee von Feng, dem nördlichen Verteidiger der Chinesischen Nationalisten, der von Peking durch die kombinierten Streitkräfte von Chang-Tso-lin, dem Schützling Japans, und Wu-Wei-fu, dem Verteidiger der britischen Interessen am Jangtse hergetrieben wurde. Am Jangtse, am wichtigsten Kreuzungspunkt, hat die vom Süden aufmarschierende Kantoner National-Armee die Provinzstädte Hankau und Haubang besetzt, einschließlich Wu-Wei-fus großem Arsenal in der letzteren. Weiter abwärts des Jangtse hat ein Offizier des Wu gegen eine Stellung ergriffen, einige britische Schiffe beschlagnahmt und ist mit britischen Kanonenbooten in Konflikt geraten. Unter diesen Umständen ist es sehr zweifelhaft, ob die chinesischen Armeen für uns Engländer Schlachten schlagen werden.

Es ist aber eine sehr mögliche Wahrscheinlichkeit, daß China unter der Führung von Feng und den Kantonesen sich erheben wird. Die öffentliche Meinung unterliegt dies enthusiastisch, nicht nur die Studenten, wie unsere englischen Zeitungen behaupten, sondern auch die „soliden Mittelklassen“. Es ist richtig, daß die „Studenten“, Männer und Frauen, die eine andere Erziehung erhielten, die tauffähigsten und energiegeltesten Vorkämpfer für die chinesische Freiheit sind. Sie haben ihren Einfluß auf die Soldaten in den kaiserlichen Armeen ausgebreitet und machen es den Generälen ihren Truppen zu verlassen. Dies ist mit ein Grund der Erfolge der Kantonesen.

Hankau und Hanpang sind eigentlich eine Stadt in der Größe von Glasgow, sie liegen am Nordufer des Jangtse. Mit Wuhan, das gegenüber am Südufer liegt, bilden sie das Zentrum von China, wo der Fluß, der von Westen nach Osten fließt, die Nord-Südstraße von Peking nach Kanton kreuzt. Hier ist also die Schlüsselstellung, industriell, kommerziell und strategisch wichtig. Deshalb der englische Schreck über die Erfolge der Kantonesen.

Die Kantonesen werden in unserer englischen Propagandapresse die „Rosen“ genannt. Sie sind weniger rot als Mr. MacDonald, aber vielleicht so „rot“ wie Mr. Lloyd George. Doch sie sind geneigt, Hilfe vom roten Rußland im „Kriegszuge“, den wir gegen sie von Hongkong aus unternommen haben, anzunehmen, ebenso wie Chang-Tso-lin, den wir als Tugendbeispiel hinstellen, stets Hilfe vom weißen Rußland angenommen hat. Die Kantonesen wünschen in China eine regelrechte demokratische Regierung zu errichten, und die Chinesische Unabhängigkeit wieder zu erlangen, die durch den Opiumkrieg und die nachfolgenden zugrunde ging.

In welcher Weise China seiner Selbständigkeit beraubt wurde, kann man sich nicht vorstellen. Wir wollen es durch ein analoges Beispiel illustrieren. Nehmen wir an, daß Deutschland den Krieg gewonnen und aus gewonnen hätte, einen Vertrag zu unterfertigen, der ihm die City von London die Kontrolle der Eisenbahnen von London bis Harwich, das Beschlagnahme von Reading und Oxford, die ausschließliche Verwaltung des Handels in den Geschäftsbereichen von Glasgow, Liverpool, Southhampton mit einem Anteil an anderen Häfen, das Recht, bedeutende Zölle einzubeden, Steuern aufzuerlegen und das Recht, alle Streitigkeiten zwischen Deutschen und Briten vor deutschen Gerichtshöfen auszutragen einräumte würde. Dies stellt ganz genau den Zustand dar, den Europa und Japan in China geschaffen haben. Ich denke, daß die gegenwärtige englische Regierung und das auswärtige Amt unter solchen Bedingungen auch „patriotisch“ denken würden.

Doch eine Saucz für die Gans ist keine Saucz für den Kaiserlich. Die Chinesen sind „ruchlos“, wenn sie die Aufhebung der ungleichen Verträge fordern. Lange Zeit hindurch, seitdem die gegenwärtige Regierung aus Rußland kam, hatte unser auswärtiges Amt den Wunsch, in China zu intervenieren, wurde aber aus Furcht vor Amerika zurückgehalten. Man hofft aber jetzt auf die Zustimmung Amerikas wegen der Propaganda, welche die Chinesischen Nationalisten und Bolschewiken betreiben. In vieler Beziehung denken die Amerikaner liberal, aber wo es die Rolle betrifft, sehen sie rot. Es ist daher möglich, daß Amerika unsere Eingreifen zustimmt. Dies wird natürlich unsere Beziehungen zu Rußland ändern und zum Krieg mit Sowjet-Rußland führen.

Was immer herauskommt, das Endresultat ist gewiß der Verlust unserer gesamten politischen und kommerziellen Vorteile in China. Vom Standpunkt der britischen Interessen ist die Opposition der Chinesischen Nationalisten ein Wahnsinn. Er hat bereits Hongkong ruiniert und wird unseren chinesischen Handel anderwärts auch vernichten.

Wenn wir für eine große Sache kämpfen würden, könnte der Verlust mit dem Wankeln des Heroldiums behängt werden. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: wir kämpfen gegen jeden Fortschritt, jedes Recht und die Intelligenz in China, gegen jedes Ignoranten, der Reaktion und Korruption. Wir kämpfen, die Zivilisation eines großen Volkes zu vernichten, wir kämpfen, um junge, unbewaffnete Studenten niederschlagen, weil diese gegen die Leiden Chinesischer Arbeiter durch japanische Kapitalisten in Arbeiterstreiks protestieren. Wir kämpfen, um die Anarchie zu verlängern, und den Bürgerkrieg zwischen selbstherrlichen Nationalisten, die von fremden Unterstützungen leben. Wir kämpfen, um alles Schlechte zu untergraben und alles Gute zu vernichten. So ist, leider, unsere Stellung in Asien. Dies ist die heilige Sache, die wir mit schweigsamer Hartnäckigkeit verfolgen, die uns den Ruin und ein nationales Unglück heraufbeschwören muß. Als Vaterlandskrieger und als Internationalist fühle ich die Lage verzweifelt.

Was sollen wir also tun? Die Labour Party könnte eine nachdrückliche Seite machen, um dem tollwütigen Imperialismus ihre Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen. Die Labour Party sollte nachdrücklich erklären, daß unter den gegenwärtigen verwerflichen Verhältnissen kein britisches Dampfschiff den Jangtse betreten oder an irgendwelchen Aktionen gegen Kanton teilnehmen darf. Sie muß erklären, daß die Zeit für eine Revision der ungleichen Verträge gekommen ist. Sie sollte ihre Sympathien für Ku-Min-Tang ausdrücken, der die Schlocht der Arbeit in China kämpft.

Die Beibehaltung der Auslandspolizei, die, ich behauere es, sogar zu müssen, von Anhängern der Labour Party Unterstützung erhalten hat, ist ein barbarisches Prinzip, das kein humaner Mensch dulden kann. Unsere Auslandspolizei von Heinrich VIII. bis heute, ist etwas Abfälliges. Sie bewirkt eines: sie ist die Zwietsch zwischen Fremde. Und dies nennt man das Kräftegleichgewicht.

Japanischen schreiben wir unerschöpflich: „Britische Leben in Gefahr!“ Werden die englischen Mandarinen den Schrei: „Chinesische Leben in Gefahr!“ niemals verstehen, nach den Shanhai-Kaisers, zu einer Zeit, da britische Leben nicht in Gefahr sind. Solange sich Briten das Recht anmaßen, Chinesen niederschlagen, solange dürfen sie auch nicht erwarten, daß die Chinesen ihre Leben respektieren werden. „Dieses Tier ist böse; es verteidigt sich sogar, wenn man es angreift.“

(Bertrand Russell, im „New Yorker“, übersetzt von J. R.)

## Gerichtssaal.

### Ein Räuberüberfall.

Am zweiten Verhandlungstage des Egger Schwurgerichtes fand die Verhandlung gegen Ernst Liebner aus Wies bei Tepl wegen eines Raubüberfalles statt. Am 18. August l. J. wurde der Fleischergehilfe Johann Stinal auf dem Wege von Tischnach nach Fochan im Walde in aufsteigender Weise von einem Manne eingeholt, so daß der Fleischergehilfe, der den Hauptpreis für eine Kuh in der Tasche hatte, aus an einen Ueberfall dachte. Nach dem Einholen verlangte der Fremde ein Streichholz von dem Fleischergehilfen, der jedoch entgegnete, daß er keines habe. Darauf folgte der Fremde: „Dann wirst du mir etwas anderes geben“, worauf der Fleischer entgegnete, daß er auch nichts anderes zum Geben habe. Der Fremde führte dann mit einem aus der Tasche gezogenen Messer einen Stich gegen Stinal, der an der linken Hand verlegt wurde. Es entspann sich ein Ringen um das Messer, bei dem der Fleischer Schnittwunden an den Händen erlitt, den Fremden mit einem derben Zugtritt weggeschleudert konnte, was der Fleischer dann bemerkt, um zu entlaufen.

Als Täter des Ueberfalles wurde von der Gendarmerie Ernst Liebner aufgegriffen, der bereits mehrmals vorbestraft ist. Er leugnete den Ueberfall und behauptete, daß er damals an einer ganz anderen Stelle des Waldes mit seiner Schwägerin Anna Voit Pflze suchte, welche Verantwortung vor dem Schwurgerichte die Schwägerin bestritt. Tassoggen behauptet der Ueberfallene ganz bestimmt, daß er in Liehner jenen Mann erkannte, der den Ueberfall verübte.

Die Geschworenen bejahen nach durchgeführter Verhandlung die Schuldfragen auf Raub und leichte Körperverletzung nur mit feinen Stimmen, so daß der Präsidium des angeklagten Ernst Liebner entlassen mußte.

## Notzucht an der Schwelger.

Am 19. d. M. nachmittags verhandelte das Schwurgericht in Egger gegen den am 23. Dezember 1910 geborenen Anwalt Franz D. aus Kaufsbad, dem das Verbrechen der Notzucht an seiner nahezu 14 Jahre alten Schwester zur Last gelegt wird. Weiter ist er beschuldigt, im Dezember 1925 einen Landwirt in Koban 10 K Anselm entlockt zu haben, unter der Vorspiegelung, daß er zu Neujahr 1926 bei ihm in Dienst treten werde. Ferner wird er eines geringfügigen Diebstahls an seinem Dienstgeber Engelbert Pöpperl in Kaufsbad beschuldigt. Nachdem die Geschworenen die Schuldfragen bejaht hatten, wurde der Angeklagte zu dreizehn Monaten schweren Kerker verurteilt.

VERLANGT UEBERALL



Der Filmtongress und seine Ergebnisse.

Der internationale Filmtongress in Paris ist zu Ende. Eine Anzahl von Resolutionen sind beschlo-

Einer der bedeutendsten Beschlüsse des Kongresses war der Protest gegen den nationalis-

Aber — auch dieser Beschluß hat sein Aber. Nicht gegen die nationalisistischen Tendenzen allein richtet sich der Protest des Kongresses, sondern auch gegen die „politischen“.

falsche Meinung ein, daß in dieser bürgerlichen Gesellschaft dem Individuum die freie Bahn offen stehe und jedes Unglück nur persönliche Schuld, nicht aber die eines gesellschaftlichen Systems sei.

Alles in allem vermittelte der Kongress nur den Eindruck erblichen Kampfes gegen den nationalisistischen Film, granderolegen Kampfes gegen den revolutionären Aufklärungsfilm und verächtlichen Ringens gegen den Kitsch.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 20. Oktober.

Table with 3 columns: Currency, Rate, and another Rate. Includes entries for 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Franken, etc.

Volkswirtschaft.

Die Direktoren treffen uns auf.

Die deutschnationalen „Leipz. Neuesten Nachrichten“ haben Untersuchungen angestellt über die Zunahme der Direktorenzahl in der Industrie.

Die Dortmunder Union vor dem Kriege 8400 Arbeiter und fünf Direktoren, heute 10.000 Arbeiter und neunzehn Direktoren, die Gute-Hoffnungshütte vor dem Kriege 9000 Arbeiter und vier Direktoren, heute 8000 Arbeiter und zehn Direktoren.

Nach Calmer bezogen bei der Zigarettenfabrik Jasmah, die Stilllegung beantragte, um einhundert Arbeiter und Angestellte zu entlassen.

Diese Zahlen zeigen wieder einmal deutlich, wenn die Nationalisierung in Wirklichkeit nicht die der Allgemeinheit, sondern nur der Direktoren und Aufsichtsräte, also dem arbeitslosen Einkommen.

Kunst und Wissen.

Professor Karzell Salzer, der bekannte Humorist und Vertriebskünstler, begaberte als Gast der „Arztia“ Dienstag wieder das zahlreich erschienene Publikum.

Geistspiel Leopoldine Konstantin mit ihrem Ensemble. Leopoldine Konstantin wird in der nächsten Woche nach längerer Pause im Neuen Deutschen Theater wieder zu Gast erscheinen.

Sonntagseraufführung „Jenny“. Als erste Opernkomödie dieses Spieltheaters gelangt Samstagabend „Jenny“ zur Aufführung.

„Franz Warrens Gewerbe“ mit Pepi Glöckner-Kramer a. G. Der Sonntag-Abend bringt in der Kleinen Bühne eine Neuinszenierung von „Franz Warrens Gewerbe“.

„Franz Warrens Gewerbe“, die in sämtlichen Rollen neu besetzt ist. Die Rolle der Franz Warren spielt Pepi Glöckner-Kramer a. G.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 19 Uhr: „Die Durchgangertin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 19 Uhr: „Meine entzückende Frau“.

Literatur.

Ein Kalender für das Landvolk. Der Kalenderverband der deutschen Kleinbauern und Hausierer gibt wie alljährlich für keine zehnjährige Antike...

Bereinsnachrichten.

Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten hat heute um 6 Uhr abends im Vortragssaal des Obdorskyhaus, Prager 1, Bezirks 11, eine erweiterte Vertreterpersönlichkeitsversammlung abgehalten.

Turnen und Sport.

Sportplatz Viktoria. A. S. R. Viktoria 10 gegen „Blitzschlag“ Weiskirchen 10:1. Eden 3:5. Ein sehr schönes festes, feines Spiel.

„Fortschritt“ Vorwärtsdorf geg. „VSV“ Vorwärts Rothenhaus 1:2 (0:1). Am Sonntag hatte der Bezirksmeister des 7. Bezirkes, „Fortschritt“, Vorwärtsdorf die jüngste Mannschaft des Bezirkes, den VSV „Vorwärts“ aus Rothenhaus zu Gast.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riegnitz. Für den Druck verantwortlich: O. Hohl. Druck: Deutsche Verlags-Druckerei, Prag.

Radio-Literatur

Große Auswahl! Günter-Fuchs: Der praktische Radiomann. Das ABC des Radio K 22. — Krüger: Die Schallplatten und Radio-Apparate mit 1-2 Bildern K 22. — Krüger: Schallplatten und Radio-Apparate (Anleitung u. Besichtigung) K 17.

Volksbuchhandlung Teplitz-Schönau. Telefon 493 c.

Die letzten Aufseher.

Das Drama eines verschwindenden Berufes. Von Hans Bauer.

Ehemals, vor fünfzehn Jahren, vor zwanzig — wenn der Aufseher Fiebig es sich da hätte belassen lassen wollen, erst um 8 Uhr morgens zur Drohschienenhaltestelle zu fahren, da wäre er gewiß an die zehnte, an die zwölfte, an die vierzehnte Stelle in Mitleid gekommen.

log. Aber es war doch immerhin ein Beruf, der Disziplin und Pünktlichkeit verlangte.

Der Aufseher Fiebig lag trocken auf seinem Bod in den dicken Holz gemauert, zu Unmäßigkeit verdammt. Die Fußgänger eilten und schlenderten an ihm vorüber, Autos zöchten vorbei.

Gegen halb 11 Uhr stellte sich Hartig ein. Fiebig konnte eine geheime Wut gegen ihn nicht überwinden. Es war die Wut der einzigen Erfolglosigkeit gegen die Trägheit, der unermessliche Jota der Mühseligkeit, die im Unrecht ist, gegen die Gemächlichkeit, die sich als berechnung herausstellt.

„Schon was gehabt, heute?“ rief Hartig, und Fiebig schien es, als klinge ein leiser Dohn in seiner Stimme. Er log.

ihrem Tagewerk: hestete und lärnte unter den beiden Aufsehern dahin, stöbelte und faule an ihnen vorüber. Der Verkehr schwoll an, ebnete ab und belebte sich von neuem. Männer, die um 12 Uhr den Drohschienenplatz gekreuzt hatten, um vom Geschäft zum Mittagessen zu gehen, überquerten ihn um halb 2 Uhr abermals, um wieder das Geschäft aufzunehmen.

Er wurde 2 Uhr nachmittags. Die Aufseher hängten ihren Pferden den Haiselack um, wickelten ein Margarinebrot aus einem Stück Papier, aßen es langsam herunter — und dann warteten sie wieder. Gegen drei Uhr ging ein Regenschauer nieder. Er war nur kurz und stürzte sie nicht. Kurz nach vier Uhr kamen Arbeiter vorbei, die ihre Tagesarbeit hinter sich hatten. Die Aufseher warteten und warteten immer noch.

Endlich, gegen 5 Uhr, wurde Fiebig von einem Postkutschen angerufen. Fiebig schrak von seiner Postkarte auf und logte sie mit der Schnelligkeit eines vom Lehrer bei einer Unaufmerksamkeit angezoffenen Schülers aus der Hand. In seine Augen lag ein freundlicher Glanz.

(Schluß folgt.)